

Was ist Vorratsdatenspeicherung?

Die Vorratsdatenspeicherung verpflichtet Kommunikationsanbieter, zum Beispiel P&T Luxembourg oder Visual Online als Internet Service Provider (ISP), Nutzer- und Kommunikationsdaten ihrer Kunden zu erheben und über einen längeren Zeitraum zu speichern. Durch eine Richtlinie der Europäischen Union wird dieser Zeitraum auf mindestens 6 Monate und maximal 2 Jahre festgelegt. Die Vorratsdatenspeicherung schließt Telefon- und Handyverbindungen sowie Kurzmitteilungen, Verbindungsdaten von Internetnutzern und deren E-Mail-Verkehr mit ein.

Gesetzeslage in Luxemburg

In Luxemburg werden seit einem Gesetz vom 30. Mai 2005 Kommunikationsanbieter zur Vorratsdatenspeicherung verpflichtet. Im Jahr 2007 wurde die Mindestdauer der Speicherung von 12 auf 6 Monate herabgesetzt. Im Juli 2010 erweiterte das Parlament die zu speichernden Daten auf Internetverbindungen.

Was wird gespeichert?

Bei Telefonverbindung werden die Rufnummern beider Gesprächspartner und die Dauer des Gesprächs erhoben. Findet das Gespräch per Handy statt wird auch eine eindeutige Identifizierungsnummer des benutzten Handys erhoben.

Bei Telefonie über Internet werden anstatt der Rufnummern die IP-Adressen gespeichert, ebenso bei allen Beteiligten einer E-Mail; also Absender, Empfänger und Einträge von CC- und BC-Empfängern. Schliesslich wird der Zeitpunkt des Versendens, Eingehens und Herunterladens der E-Mail gespeichert.

Wozu soll das gut sein?

Proklamierter Sinn der Vorratsdatenspeicherung ist die Bekämpfung von Terrorismus und schwerwiegender Straftaten. Die Strafverfolgung krimineller Einzelpersonen oder Organisationen soll durch die Speicherung der Kommunikationsdaten auf Vorrat verbessert und effizienter gemacht werden. Um eventuelle Opfer von Terroranschlägen oder organisierter Kriminalität zu schützen müssen laut EU-Richtlinie "alle möglichen und verfügbaren Mittel ausgeschöpft werden".

Aber: Ein Schritt in Richtung Überwachungsstaat

Die Telekommunikationsüberwachung mit der Vorratsdatenspeicherung ist ein grosser Schritt in Richtung Überwachungsstaat. Es wird die Grundlage zur Erstellung von umfassenden Nutzer- und Persönlichkeitsprofilen gelegt.

Eine Wirkung auf Kriminelle und Terroristen ist nicht nachweisbar. Die Anschläge am 11. September oder die Attentate in Großbritannien 2005 hätten durch Vorratsdatenspeicherung nicht verhindert werden können. Die geplanten Anschläge auf deutsche Züge ("Kofferbomber") im Jahr 2006 konnten zudem vereitelt werden, ohne dass auf Vorratsdaten zurückgegriffen werden musste. Der Verband der deutschen Internetwirtschaft eco erklärte in einer Pressemitteilung dass bei 99,95% Prozent der strafrechtlichen Ermittlungsverfahren klassische Methoden ohne Zugriff auf Vorratsdatenspeicherung genügen würden.



Das Missbrauchsrisiko der gesetzlichen Vorratsdatenspeicherung ist enorm. Zahlreiche Fälle von Datenmissbrauch im europäischen Ausland (2009 in Deutschland zum Beispiel die Sparkasse, Deutsche Telekom oder das Social Network SchülerVZ) beweisen wie unsorgsam mit Kundendaten umgegangen werden kann und dass eine hundertprozentige Sicherheit der Daten nicht garantiert werden kann. Und jetzt werden die Internet- und Serviceprovider per Gesetz aufgefordert noch mehr und noch persönlichere Daten über ganze 6 Monate zu speichern.

In einem Rechtsstaat gilt die Unschuldsvermutung. Eine Bevölkerung darf nicht unter Generalverdacht gestellt und ohne konkreten Verdacht überwacht werden. Die verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung verletzt dieses Grundprinzip einer jeden Demokratie.

Flächendeckende und automatisierte Überwachung verändert das Verhalten der Menschen; die Protokollierung aller Verbindungsdaten jedes Telefonats, jeder E-Mail und jeder Internetnutzung verletzt die Privatphäre der Nutzer und kann zu einer Einschränkung der Meinungsfreiheit führen.

Weitere Informationen: www.piratepartei.lu

Dies ist ein Informationsblatt der Piratenpartei Luxemburg.

Die Piratenpartei Luxemburg setzt sich seit ihrer Gründung im Oktober 2009 für den Schutz der Bürgerrechte, insbesondere den Schutz der Privatsphäre und einen erhöhten Datenschutz, ein. Die Piratenpartei fordert außerdem eine größere Transparenz des Staatsapparates, sowie den freien Zugang zu öffentlichen Informationen und Bildungsmaterialien. Darüber hinaus fordert die Piratenpartei eine grundlegende Reform des Urheberrechts und des Patentwesens.

Als Mitglied einer internationalen Bewegung nimmt die Piratenpartei Luxemburg aktiv an internationalen Konferenzen und Aktionen teil. Grundlegendes Prinzip ist die Basisdemokratie, die es jedem Mitglied der Partei erlaubt ihre Zukunft mit zu gestalten.



Piratepartei Lëtzebuerg
1, Sonnestrooss,
L-5683 Dalheim

www.piratepartei.lu

ahoi@piratepartei.lu

(+352) 691 804 033 (Jerry Weyer)
(+352) 621 632 118 (Sven Clement)